

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten
Mag^a Christine Muttonen
12/2011(II)*



P
A
R
L
A
M
E
N
T
S
M
A
I
L

Liebe FreundInnen!

Am Mittwoch fand im Nationalrat eine Sondersitzung zu den Ergebnissen der vergangenen EU-Ratssitzung statt. Themen waren daher die auf EU-Ebene vereinbarten Maßnahmen zur Stabilisierung der Euro-Zone.

Neben dem Infoletter habe ich Euch dieses Mal zur Information auch die Schlussfolgerungen der EU-Ratssitzung als pdf-Dokument der E-Mail beigefügt.

Wie immer gilt: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Ich wünsche Euch allen schöne Feiertage und einen guten Rutsch in das neue Jahr

Eure Christine

Ergebnisse des Europäischen Rates vom 8./9.12.2011

Die Staats- und Regierungschefs von 26 der 27 EU-Mitgliedstaaten (alle außer Großbritannien) haben sich auf die Gründung einer „**fiskalpolitischen Stabilitätsunion**“ geeinigt. Diese hätte mittels einer Änderung der EU-Verträge geschaffen werden sollen. Dies scheiterte jedoch am Widerstand Großbritanniens, so dass nun stufenweise vorgegangen wird:

- zunächst sollen die Möglichkeiten des bestehenden Vertrages ausgenutzt werden – allenfalls unter Zuhilfenahme einer „verstärkten Zusammenarbeit“, für die keine Einstimmigkeit erforderlich ist;
- sollte dies nicht möglich sein, sollen die Maßnahmen in einem eigenen völkerrechtlichen Vertrag nach Vorbild des Schengener Abkommens – also außerhalb des Unionsrechts - fixiert werden.

Die Änderungen sollen bis spätestens März ausgearbeitet und noch 2012 beschlossen bzw. in den Mitgliedstaaten ratifiziert werden.

Die Stabilitätsunion soll folgende Eckpunkte umfassen:

- **Schuldenbremse in der Verfassung oder auf vergleichbarer Ebene**

Die teilnehmenden Staaten verpflichten sich zu einem ausgeglichenen Budget. Als ausgeglichen gilt ein Budget, wenn das strukturelle Defizit höchstens 0,5% des nominellen BIP beträgt. Die unlängst beschlossene, österreichische Schuldenbremse setzt diesen Wert auf 0,35% (jedoch nur für den Bund, ohne Länder und Gemeinden).

Beim Überschreiten dieser Grenze sollen automatisch Korrekturmechanismen greifen. Die Kommission wird Grundsätze der Schuldenbremse ausarbeiten. Die Umsetzung der Schuldenbremse in nationales Recht wird vom Europäischen Gerichtshof kontrolliert werden. Die Kontrolle der laufenden Einhaltung der Schuldenbremse bleibt weiterhin nationale Zuständigkeit.

Die Mitgliedstaaten, die derzeit über ein höheres strukturelles Defizit verfügen, sollen ihr Budget nach Maßgabe des von der Kommission vorgegebenen Zeitplans ausgleichen.

- **Stärkere Koordinierung und Überwachung**

In Zukunft sollen Verstöße gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt automatisch sanktioniert werden. Das bedeutet, dass die „umgekehrte Mehrheitsregel“ durchgehend angewendet wird und somit von der Kommission vorgeschlagene Sanktionen nur mit qualifizierter Mehrheit im Rat (derzeit ca. 74% der Stimmen) gestoppt werden können.

Staaten im Defizitverfahren (derzeit 14 von 17 Euro-Ländern) sollen der Kommission und dem Rat zukünftig ein „Wirtschaftspartnerschaftsprogramm“ zur Billigung vorlegen müssen, das Strukturreformen zum Defizitabbau enthält.

Möglichst rasch geprüft werden sollen die Pläne der Kommission, wonach die Euro-Länder Budgetpläne (nicht das Budget selbst) noch vor der parlamentarischen Beschlussfassung des Budgets zu übermitteln haben, damit die Kommission bereits im Vorhinein eine Stellungnahme abgeben kann.

Alle wichtigen wirtschaftspolitischen Reformen der Euroländer sollen in Zukunft innerhalb der Eurozone koordiniert werden.

- **Schutzschirme**

Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM), der ursprünglich ab Mitte 2013 den derzeitigen Euro-Schutzschirm EFSF ablösen sollte, soll nun schon im Juli 2012 funktionsfähig sein.

Ein neuer Notfallparagraf soll Entscheidungen des ESM über die Vergabe von Finanzhilfen (nicht aber Kapitalerhöhungen udgl.) mit einer Mehrheit von 85% der Kapitalanteile ermöglichen, wenn die Stabilität der Eurozone gefährdet ist (Deutschland, Frankreich und Italien verfügen über mehr als 15% der Kapitalanteile – Österreich über 2,8%).

Die Bestimmungen zur Privatgläubigerbeteiligung im Vertragstext sollen entfallen. Es wird damit klargestellt, dass Griechenland einen einmaligen und außergewöhnlichen Fall darstellt. Ein Hinweis auf die Praxis des IWF bei der Privatgläubigerbeteiligung, bei der diese als letztes Mittel zum Einsatz kommt, wird in der Präambel des Vertrages verankert. Die Verpflichtung, standardisierte Umschuldungsklauseln (Collective Action Clauses – CACs) in neue Staatsanleihen aufzunehmen, bleibt unverändert erhalten.

Die Angemessenheit der kombinierten Gesamtvergabekapazität von EFSF/ESM, die derzeit bei maximal 500 Mrd. Euro liegt, soll bereits im März überprüft werden. Eine Erhöhung wäre durch einen einstimmigen Beschluss möglich.

Die Euroländer prüfen, ob sie die Kapazitäten des IWF durch bilaterale Kredite in Höhe von 200 Mrd. Euro stärken.

Die Staats- und Regierungschefs haben außerdem beschlossen:

- **Rasche Umsetzung wachstumsfördernder Maßnahmen**

Die von der Kommission im Jahreswachstumsbericht identifizierten Bereiche mit dem größten Potential für Wachstums- und Beschäftigungssteigerung sollen mit Vorrang beschlossen werden. Dazu zählen die Vervollständigung des Binnenmarkts und die Reduktion des Verwaltungsaufwandes von KMU.

- **Gezielte sozialpolitische Maßnahmen**

Der Euro-Plus-Pakt, an dem die Euroländer und sechs weitere EU-Staaten teilnehmen, soll um konkrete sozial- und beschäftigungspolitische Ziele ergänzt werden.

Gezielte Maßnahmen für bestimmte Bevölkerungsgruppen, insbesondere für jugendliche Arbeitslose, sollen sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene dringend umgesetzt werden.

EU-Hauptausschuss zur Sitzung des Europäischen Rates vom 8./9.12.2011

Vor jeder Sitzung des Europäischen Rates hält der Nationalrat eine EU-Hauptausschusssitzung ab. In ihr diskutieren die Abgeordneten gemeinsam mit Vertretern der Bundesregierung über die Themen der EU-Ratssitzung und können diesen auch durch bindende Stellungnahmen die österreichische Verhandlungsposition vorschreiben. Eine Zusammenfassung der EU-Hauptausschusssitzung vom 07.12.2011 findet Ihr [hier](#).

SPÖ-Info Aktuell zur Sondersitzung vom 14.12.2011

Bundeskanzler Werner Faymann hat heute im **Nationalrat** eine **Erklärung** zu den Ergebnissen des letzten **EU-Gipfels** abgegeben, bei dem es um die Stabilisierung der Euro-Zone ging.

Bekenntnis zu Europa

Der Bundeskanzler hat in seiner Rede ein vehementes **Bekenntnis** zu einem **gemeinsamen Europa**, einer gemeinsamen Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik und zu den Beschlüssen des EU-Gipfels abgegeben. Der Kanzler wertete die Ergebnisse dieses Gipfels als weiteren wichtigen Schritt, um den Zusammenhalt in Europa zu stärken und "ein Fundament **berechenbarer Budgetpolitik** zu **schaffen**, um **nicht** den **Finanzmärkten** die **Wirtschaftspolitik** zu **überlassen**".

Zusammenhalt stärken statt Euro-Zone zerstören

Klar ist, dass es über die beschlossenen kurzfristigen Maßnahmen (z.B. zusätzliche Mittel für den Währungsfonds, automatisches Defizitverfahren, Verankerung der Schuldenbremse in der Verfassung, Vorziehen des permanenten Euro-Rettungsschirms) hinaus **weitere Schritte** braucht, um **langfristig** und **nachhaltig** für **Stabilität** in der Euro-Zone zu sorgen. Ziel müsse ein langfristig funktionierendes Europa mit sozialen Standards sein. Europa müsse stark genug sein, um sich vor Spekulation und zu vielen Schulden zu schützen, die uns in die Fänge der Finanzmärkte führen, erklärte Werner Faymann. "Aktuell geht es darum, ob wir den **Zusammenhalt in Europa stärken** oder ein Konzept verfolgen, das die Euro-Zone und die EU begraben würde", sagte Faymann.

Klare Absage an EU-Austritt

Mit Blick auf die **vielen Vorteile**, die uns die **EU** gebracht hat (Export, **Arbeitsplätze**, **Wirtschaftswachstum**, wirtschaftliche Sicherheit) erteilte der Bundeskanzler der FPÖ-Parole "Raus aus Europa" eine klare Absage: "Ein **Austritt** aus der EU oder der Euro-Zone würde in den **Abgrund führen**". **Massenarbeitslosigkeit** und eine **Rezession** wären die Folge, warnte Faymann in Richtung FPÖ. Daher ist klar: "Wir werden weder die Europäische Union zerreißen noch austreten". Es gehe darum, alles zu unternehmen, um das Fundament für ein gemeinsames Europa zu bilden, bekräftigte Faymann.

Finanzmärkte regulieren – Soziales Europa fördern

Kanzler Faymann appellierte daher an die Abgeordneten, den auf dem EU-Gipfel beschlossenen Weg mitzutragen und die **österreichischen Interessen** mit aller Kraft zu vertreten. Zu diesen Interessen gehören u.a.: die **Regulierung der Finanzmärkte**, die **Finanztransaktionssteuer**, die Reduktion von Schulden und die Trennung von Investmentbanken von Kreditgeschäft. "Fördern wir das, was uns am Wichtigsten ist: Nämlich die Werte eines **sozialen Europa** und die Werte der **Beschäftigungspolitik**", unterstrich Faymann in seiner Erklärung bei der Sondersitzung im Parlament.

Parlamentsrede vom 14.12.2011

Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Bundeskanzler! Herr Vizekanzler! Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank! Meine Damen und Herren! Herr Bucher, schreien allein hilft nicht weiter. Sie könnten zur Abwechslung einmal staatspolitische Verantwortung zeigen und konstruktiv mitarbeiten, dann würden Sie vielleicht auch hier einige Visionen, wie Sie das nennen, einbringen, aber man hört ja von Ihnen diesbezüglich überhaupt nichts. *(Abg. Neubauer: So wie der Faymann das tut!)*

Meine Damen und Herren! Ja, wir haben eine Schuldenkrise, die haben wir ganz eindeutig, aber hervorgerufen wurde diese durch die Finanzkrise, und ich glaube, das ist ein wesentlicher Unterschied. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn man B sagt, muss man immer schauen, was davor war, das war A, und wenn man sich das anschaut, dann stellt man fest: Während der ersten Phase der Krise zwischen 2007 und 2009 ist das durchschnittliche Defizit von 0,7 Prozent auf 6,3 Prozent in der Eurozone gestiegen und von 0,9 Prozent auf 6,8 Prozent in der EU. Daran sieht man also sehr deutlich den Zusammenhang zwischen Finanzkrise und der Schuldenkrise. Daher war der Europäische Rat, der in der letzten Woche stattfand, auch so wichtig, denn er hatte – und das war eine entscheidende Aufgabe – zum Beispiel zu beweisen, dass die europäischen Staaten in der Lage sind und den Willen besitzen, in der Krise zusammenzuhalten und gemeinsam einen Weg aus dieser Krise zu finden. Ich glaube, so deutlich war das noch nie zu sehen.

Auf sich allein gestellt wird ein Land in der Größe von Österreich in Windeseile zum Spielball der Finanzmärkte, Herr Strache. – Der ist jetzt nicht da. *(Abg. Dr. Graf: SP- und VP-Abgeordnete sind reihenweise weg! Schauen Sie hin! Keine Leute da! Aber auf den Strache losgehen!)* – Aber genau das ist der Punkt: Allein gegen die anderen, das bringt es nicht!

Sehr geehrte Damen und Herren, wir alle konnten beobachten: Vertrauen spielt eine große Rolle – das hat sogar der Herr Bucher angeschnitten –, und deswegen ist ja heute die Erklärung des Bundeskanzlers auch so wichtig. Für die einzelnen Staaten und ebenso für die Eurozone ist es von grundlegender Bedeutung, dass ihrer Budgetpolitik ein festes Vertrauen entgegengebracht wird. Deswegen sind die Entscheidungen, die der Gipfel in Richtung einer besser koordinierten, stabilen Haushaltspolitik gesetzt hat, ein besonderer Schritt, denn sie werden helfen, den Glauben an Eu-

ropa, an die EU wieder zu stärken, wiederherzustellen. Denn – und da kommt die Sozialpolitik mit ins Spiel –: Es geht um Arbeitsplätze, es geht um die Sicherung unseres Wohlstandes. Diese Errungenschaften und die Stabilität unseres Landes und der EU müssen wir daher mit aller Kraft gegen die Angriffe der Finanzmärkte verteidigen, und dafür braucht es glaubwürdige und rasche Maßnahmen, wie sie vergangene Woche auch beschlossen wurden.

Letztendlich dienen diese Entscheidungen, mit all den neuen Verfahren und Prozessen, der Überwindung der Krise und der Stabilisierung der Eurozone. Sie dienen dem Zweck, ein stabiles und friedliches Europa auch in Zukunft zu sichern, unterstützt durch einen stabilen Euro. Im Übrigen: Der Euro ist trotz aller aktuellen Turbulenzen ein außerordentlicher Erfolg, er schafft nämlich jährlich an die 20 000 Arbeitsplätze und ist stabiler, als es der Schilling je war.

Gestärkt muss aber auch das Vertrauen der Menschen in die EU in der Hinsicht werden, dass wir ein Europa der sozialen Gerechtigkeit wollen. So müssen die Kosten der Finanzkrise gerecht verteilt werden, die Finanzwirtschaft muss an der Finanzierung des Gemeinwohls beteiligt werden. (*Zwischenruf des Abg. Kickl.*) Ein Instrument dafür wäre – und das wurde schon erwähnt – die Finanztransaktionssteuer. Die Verursacher der Krise, nämlich die Finanzmärkte, müssen reguliert werden, und zwar mit Nachdruck.

Meine Damen und Herren! Wir sind für klare Ziele. Wir sind für gemeinsames Arbeiten innerhalb der EU. Wir sind für eine verantwortungslose Politik nicht zu haben – nicht nur grundsätzlich nicht, sondern schon gar nicht in schwierigen Zeiten. – Vielen Dank. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Pressemeldungen & Veranstaltungen:

[Muttonen : Kein Geld für die Landwirtschaft aus dem EU-Globalisierungsfonds \(13.12.2011\)](#)

[Nationalrat - Muttonen : Europäische Zusammenarbeit gegen die Krise \(14.12.2011\)](#)

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:

Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN

Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3

1017 Wien